

Hamburg rechnet nach – und ab

Viel Unmut über Sparpläne – SPD: Im Vergleich zu 2009 wird kein Euro gespart – Kammern loben Maßnahmen

Von Per Hinrichs
und Insa Gall

Nach der dreitägigen Sparklausur des Hamburger Senats haben gestern viele gesellschaftliche Gruppen ihren Unmut geäußert – aber es gab auch Lob, etwa von Handels- und Handwerkskammer. Insbesondere die Kulturszene äußerte sich verärgert, es kam zu einer spontanen Kundgebung vor dem Schauspielhaus in der Kirchenallee.

Nicht unerwartet hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion die vorgestellten Pläne scharf kritisiert. „Der Senat hat nicht einen Euro eingespart“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Sozialdemokraten, Peter Tschentscher. Für 2011 seien Ausgaben von knapp elf Milliarden Euro vorgesehen, das sei exakt so viel, wie schon in der Senatsplanung 2009 vorgesehen war. „Wir haben gestern eine bünenreife Show erlebt“, sagte Tschentscher weiter. Dies sei kein Sparprogramm, sondern ein Umverteilungsprogramm zugunsten von mehr Bürokratie, üppigen Behörden, Marketing und Events. Sparen bedeute dagegen, den Ausgabenanstieg zu begrenzen.

Mit dem Programm würden nur zusätzliche Einnahmen generiert, wie zum Beispiel durch die geplante Blaublichtsteuer, deren Umsetzbarkeit Tschentscher infrage stellte. Dabei soll für Polizeiein-

sätze bei Verkehrsunfällen ohne Verletzte 40 Euro Gebühr erhoben werden. „Da können wir uns nur freuen, dass die Notrufnummer 110 nicht zu einer 0900er-Nummer wird“, sagte Tschentscher. Dennoch stellte er einige Maßnahmen des Pakets als positiv heraus, wie die Einführung der

Maßnahmen des Pakets als positiv heraus, wie die Einführung der dass dabei die Quellen unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung – insbesondere Hafen, Wissenschaft, Mittelstand – in ihren Wachstumsperspektiven nicht beeinträchtigt werden; denn diese sind zugleich Garant für Beschäftigung und künftige Steuereinnahmen“, sagte Horch.



Bürgermeister Christoph Ahlhaus (M.), Schulsenatorin Christa Goetsch und Finanzsenator Carsten Frigge stellten die Ergebnisse der Klausur vor

Meldepflicht von Studenten sowie die Kultursteuer auf Hotelübernachtungen.

Handelskammer-Präses Frank Horch begrüßte es, dass der Senat „die Konsolidierung des Hamburger öffentlichen Haushaltes allem anderen vorangestellt hat“. Von den vielen Einzelmaßnahmen seien erkennbar alle Ressorts betroffen sind. „Wir setzen nun darauf, dass die Ergebnisse dieser Sparbeschlüsse so umgesetzt werden,

Für viel Wirbel sorgt die „Kultursteuer“. Hotelgäste sollen bald fünf Prozent des Übernachtungspreises als Abgabe zahlen. Der GAL-Fraktionsvorsitzende Jens Kerstan sagte, die Idee der Grünen sorge „für eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung des Kulturretats und hilft dabei, die Vielfalt unserer Kulturszene zu sichern“. Gerade die Touristen, die diese Abgabe zahlen würden, profitierten von einem attraktiven

Kulturangebot. „Ich halte dies für ein akzeptables Konzept, zumal die Hoteliers nach dem unnötigen Mehrwertsteuergeschenk der Bundesregierung noch Luft bei der Preisgestaltung haben dürften“, sagte Kerstan.

Mit Empörung und Unverständnis reagierte dagegen die Hotellerie auf die Kultursteuer. „Gerade in Hamburg ist die Erhebung einer Zwangsabgabe sicher kein Beitrag zur Stärkung des Tourismussektors“, sagte Lutz Nicolaus, Vorsitzender der Fachgruppe Hotels im Dehoga-Verband Hamburg. Die Einführung der Kultursteuer stehe rechtlich auf fragwürdigem Boden, da Hamburg keine gesetzliche Grundlage für die Erhebung einer durch die Touristen zu zahlenden Fremdenverkehrsabgabe hat und sich wohl auch zukünftig nicht mit Kur- und Bäderorten vergleichen will.

Aus Sicht von Handwerkskammerchef Josef Katzer weisen die Sparbeschlüsse „in die richtige Richtung“. Mit Blick auf die kommenden Generationen stehe der Senat in der Verpflichtung, seine Sparmaßnahmen nun auch konsequent umzusetzen. Hamburg müsse aber ebenso notwendige Impul-

se in der Wirtschaft setzen. „Nur so schaffen und sichern wir Arbeitsplätze, die dann durch Steuereinnahmen für den Wohlstand dieser Stadt sorgen.“

Der Landeschef der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, Wolfgang Rose, hingegen kritisierte Senat und Bürgermeister erneut scharf. „Das ist Politik nach Ahlhaus-Art: Kita-Eltern werden beschimpft, Studenten abkassiert, Arbeitslosen nimmt er sogar die Ein-Euro-Jobs weg – aber den Millionen in Hamburg will der Bürgermeister lieber gar nichts zumuten“, so Rose. Die Kürzungsbeschlüsse

des Senats seien sozial unausgewogen. Für die „falsche schwarz-grüne Politik“ müssten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit ihrem Weihnachtsgeld zahlen.

Entsetzt über die Schließung des Altonaer Museums äußerte sich der SPD-Landesvorsitzende Olaf Scholz, der in Altona seinen Wahlkreis hat.

„Das Altonaer Museum hat eine lange Tradition und viele treue Besucher. Das kulturelle Erbe Altonas darf nicht einer Luftbuchtung zum Opfer fallen.“

■ „Da können wir uns nur freuen, dass die Notrufnummer 110 nicht zu einer 0900er-Nummer wird“

Peter Tschentscher, SPD

S. 30: So spart Hamburg
S. 34: Kultursenator im Interview